

Für die Fraktion AUFBRUCH! erläuterte Frau Schmidt den Antrag.

Herr Gleß bedankte sich für den Antrag, der als gutes Signal für die Öffentlichkeit zu verstehen sei, dass das Thema Umwelt- und Klimaschutz in Sankt Augustin eine gewichtige Rolle spiele und sich diesem Thema auch auf einer anderen Ebene angenommen werden könne. Mit den bereits erfolgten Maßnahmen sei die Stadt Sankt Augustin in der Region bereits Vorreiter auf diesem Gebiet. Es bestehe ein integrales, mit allen Fachdisziplinen abgestimmtes Gesamtkonzept und eine Arbeitsgruppe beschäftige sich mit der Umsetzung dieses Konzeptes. Die Maßnahmen werden federführend durch das Büro für Natur- und Umweltschutz (BNU) betreut. Für diesen Bereich werde personeller Zuwachs zu Beginn des Jahres 2013 erwartet, um die anstehenden Aufgaben meistern zu können. Es sei dann zu prüfen, mit welchen konkreten Verpflichtungen ein Beitritt zu dem Konvent verbunden ist. Er regte an, vor diesem Hintergrund den Antrag zurückzustellen.

Herr Schell schloss sich diesen Ausführungen für die CDU-Fraktion grundsätzlich an. Ergänzend wies er darauf hin, der personelle Aufwand sei für die Größenordnung der Stadt eventuell unverhältnismäßig hoch. Da die Stadt bereits im Bereich Umwelt- und Klimaschutz erhebliches leiste, erachte er die Teilnahme an verschiedenen Tagungen im Rahmen des Konvents als Ressourcenverschwendung. Seine Fraktion spreche sich daher gegen den Antrag aus.

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sprach sich für eine weitere Beratung und differenzierte Betrachtung des Antrages im Umwelt-, Planungs- und Verkehrsausschuss aus. Sollte dies nicht erfolgen, teilte Herr Metz mit, könne seine Fraktion dem Antrag zustimmen. Dem schloss sich Herr Knülle für die SPD-Fraktion an.

Vor dem Hintergrund der bereits bestehenden starken Personalbindung im Dezernat IV, sprach sich Frau Jung, auch aus den von Herrn Gleß und Herrn Schell genannten Gründen, für die FDP-Fraktion gegen den Antrag aus.

Der Bürgermeister schlug vor, den Antrag für ein Jahr zurückzustellen und in der heutigen Sitzung zurückzuziehen. Der Antrag könne dann erneut im Fachausschuss gestellt werden.

Mit dieser Vorgehensweise erklärte sich Frau Schmidt für die antragstellende Fraktion einverstanden.